

Grossratsgeschäfts-Nummer: 20 / VO 1 / 126
Rechtsbuch-Nummer:
Departement: DFS

Bericht der Kommission zur Vorberatung der Änderung der Verordnung des Grossen Rates über die Besoldung des Staatspersonals (BesVO)

Präsidentin: Vietze Kristiane, lic. oec. publ., dipl. Wirtschaftsprüferin, Frauenfeld

Mitglieder: Braun Bernhard, Ressortleiter, Vizegemeindepräsident, Eschlikon
Bühler Peter, Betriebsökonom HWV, Ettenhausen
Dietz Mathias, Sozialpädagoge FH, Diakon, Eschlikon
Indergand Aline, Betriebsökonomin FH, Altnau
Kappeler Toni, Primarlehrer (pens.), Münchwilen
Martin Oliver, Unternehmer, Geschäftsführer, Leimbach
Opprecht Andreas, Gemeindepräsident, Sulgen
Regli Christoph, lic. iur., Privatkundenberater, Frauenfeld
Schäfer Jorim, Berufsschullehrer, Bischofszell
Scherrer Egon, Meisterlandwirt, Egnach
Thalmann Thomas, Elektroplaner, Güttingen
Wohlfender-Oertig Edith, Geschäftsleiterin, Management of Social
Service MAS FHO, Kreuzlingen
Zimmermann David, Schreiner, Gemeindepräsident, Braunau
Zuber Andreas, dipl. El. Ing. FH, Märstetten

Beobachter: Wüst-Singer Iwan, Betriebsökonom BVS, Tuttwil

Vertreter des Departements

Regierungsrat Urs Martin, lic. rer. publ. HSG, Chef DFS
Martina Boron, Amtsleiterin Personalamt
Katja Willborn Schöttli, RA lic.iur., Stv. Amtsleiterin Personalamt
- Protokollführung

Die Kommission zur Vorberatung der Verordnung des Grossen Rates über die Besoldung des Staatspersonals behandelte die Vorlage in einer Sitzung und dankt den Vertretern des Departementes für Finanzen und Soziales für die Begleitung der Verhandlungen.

Zusammenfassung der Ergebnisse

Die Kommission empfiehlt dem Grossen Rat einstimmig

- auf die Änderung der Verordnung einzutreten und
- der Kommissionsfassung der Änderung der Verordnung des Grossen Rates über die Besoldung des Staatspersonals (BesVO) zuzustimmen.

Allgemeines

Grundlage dieser Ordnungsrevision ist die Botschaft des Regierungsrats vom 23. Februar 2021.

Die Anpassungen in den personalrechtlichen Grundlagen für das Staatspersonal und die Lehrpersonen erfolgen aufgrund bundesrechtlicher Änderungen.

Anpassungen ergeben sich in folgenden Bereichen:

1. Vaterschaftsurlaub

Einführung eines Vaterschaftsurlaubs von zwei Wochen, der innerhalb von sechs Monaten nach der Geburt des Kindes zu beziehen ist. Die entsprechenden Änderungen des Bundesgesetzes traten auf den 1. Januar 2021 in Kraft.

2. Betreuungsurlaub

Inkraftsetzung des neuen Bundesgesetzes über die Verbesserung der Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Angehörigenbetreuung: Einführung eines 14-wöchigen Urlaubs für die Betreuung von schwer kranken oder verunfallten Kindern. Das neue Bundesgesetz wird am 1. Juli 2021 in Kraft gesetzt.

Der Vaterschaftsurlaub wie auch der Betreuungsurlaub werden über die Erwerbssersatzordnung (EO) entschädigt und sind entsprechend im Erwerbssersatzgesetz (EOG) geregelt.

Eintreten

Eintreten an und für sich war unbestritten, aber es wurden doch einige Verständnisfragen gestellt, die durch die Amtsleiterin Martina Boron, ihre Stellvertreterin Katja Willborn Schöttli und den zuständigen Departementschef, Herrn Regierungsrat Urs Martin, kompetent beantwortet werden konnten.

3/5

Die Beurteilung der Umsetzung der beiden Änderungen reichte von dem Wunsch, die Vorlage grosszügiger auszugestalten, d.h. den Vaterschaftsurlaub auszudehnen, über Zufriedenheit bis hin zur Meinung, dass die Verordnung im Verhältnis zur Privatwirtschaft zu grosszügig ausgestattet sei, und der Kanton Thurgau bereits ohne grosszügige Umsetzung ein attraktiver Arbeitgeber sei. Es wurden mehrere Anträge angekündigt.

Geklärt wurden folgende Fragen:

- Abgrenzung des 14-wöchigen Urlaubs zur Betreuung von schwer kranken oder verunfallten Kindern zum dreitägigen Betreuungsurlaub zur Betreuung von Angehörigen (OR; SR 220 und ArG; SR 822.11):
Dieser kurzzeitige Betreuungsurlaub ist im Arbeitsgesetz und im Obligationenrecht geregelt und nicht im Erwerbsersatzgesetz (EOG). Für die Regelung des kurzzeitigen Betreuungsurlaubs für die notwendige Betreuung von Kindern und Angehörigen ist der Regierungsrat zuständig, es braucht deshalb keine Anpassung in der Besoldungsverordnung.
- Häufigkeit des 14-wöchigen Betreuungsurlaubs:
Der Betreuungsurlaub wird pro Ereignis gewährt.
- Dauer des Vaterschaftsurlaubs:
Der Vaterschaftsurlaub besteht für 10 Arbeitstage, bzw. 14 Taggelder. Taggelder werden pro Kalendertag ausgerichtet, analog der Lohnleistungen, welche auch für 30 bzw. 31 Tage pro Monat ausbezahlt werden.
- Höhe der Entschädigung:
Gemäss bundesrechtlicher Vorgabe entschädigt die EO 80% der Leistungen, plafoniert bei Fr. 196.-- / Tag. Die Besoldungsverordnung des Kantons Thurgau sieht eine 100%-ige Entschädigung der Mitarbeitenden vor – wie jedes andere Ereignis auch, welches Ansprüche gegenüber der EO auslöst, so z.B. Militärdienst, Zivildienst oder Mutterschaft; die EO-Entschädigung fliesst in die Staatskasse.

Detailberatung

Die Kommission diskutierte wie folgt:

§ 22 Abs.: 1 Schwangerschafts- und Mutterschaftsurlaub

Hier geht es in erster Linie um eine Anpassung im Titel sowie im Wortlaut an die bundesrechtliche Regelung. Materiell wurde nichts geändert.

§ 22a: Vaterschaftsurlaub

Das Bundesgesetz ist bereits seit 1.1.2021 in Kraft, deshalb hat der Regierungsrat eine übergangsrechtliche Weisung für die Kantonale Verwaltung Thurgau erlassen, wonach der Vaterschaftsurlaub per 1. Januar 2021 gemäss der vorliegenden Regelung zu vollziehen ist.

In der Diskussion wurde folgender Antrag gestellt: „Während des Urlaubs besteht ein Anspruch auf 80% des Bruttolohnes bis zum maximalen Betrag der Erwerb ersatzordnung (EO) gemäss dem Beschäftigungsgrad zum Zeitpunkt der Geburt.“ Dies entspricht der Bundeslösung. Insbesondere mit der Begründung, dass der Kanton bereits gute Anstellungsbedingungen biete und die Privatwirtschaft somit benachteiligt würde. Der Antrag wurde mit 9 zu 5 Stimmen abgelehnt. Dies vor allem deshalb, um den Vaterschaftsurlaub nicht anders zu regeln als den Militär- oder Zivildiensturlaub und den Mutterschaftsurlaub. Ausserdem wurde auch die Verhältnismässigkeit betont – ein solches Ereignis kommt nur wenige Male im Leben vor und belastet die kantonale Rechnung nicht allzu stark.

Es wurde des Weiteren ein Antrag gestellt, dass die Anspruchsberechtigung von zwei auf die Dauer von drei Wochen Vaterschaftsurlaub erhöht werde. §22a Abs. 1, 1. Satz BesVO sei wie folgt zu ändern: „Mitarbeiter, die gemäss Art. 16i EOG anspruchsberechtigt sind für eine Vaterschaftsentschädigung, haben Anspruch auf drei Wochen bezahlten Urlaub.“ Der Antrag wurde mit 13 zu 2 Stimmen abgelehnt, vor allem mit der Begründung, dass über die zwei Wochen Vaterschaftsurlaub gerade erst abgestimmt wurde und diese auch nicht unbestritten waren.

Ein Antrag redaktioneller Art wurde einstimmig angenommen: „Während des Urlaubs besteht ein Anspruch auf volle Besoldung gemäss dem Beschäftigungsgrad zum Zeitpunkt der Geburt des Kindes.“ Diese Ergänzung wird gewünscht, um den Bezug zum Beschäftigungsgrad zu klären, bzw. wessen Beschäftigungsgrad gemeint ist.

§ 22b: Betreuungsurlaub

In der Diskussion wird festgehalten, dass es sich bei dieser Regelung um ein völliges Novum handelt und sich noch keine Praxis etabliert hat. Die Frage, ob ein Elternteil, welcher nicht erwerbstätig sei, ebenfalls anspruchsberechtigt sei, kann klar mit „Nein“ beantwortet werden. Der vorliegende Anspruch ist ausschliesslich für Erwerbstätige vorgesehen.

Präzisiert wird die Definition eines gesundheitlich schwer beeinträchtigten Kindes in Art. 16o E-EOG:

" Art. 16o Gesundheitlich schwer beeinträchtigtes Kind

Ein Kind ist gesundheitlich schwer beeinträchtigt, wenn:

- a. eine einschneidende Veränderung seines körperlichen oder psychischen Zustandes eingetreten ist;
- b. der Verlauf oder der Ausgang dieser Veränderung schwer vorhersehbar ist oder mit einer bleibenden oder zunehmenden Beeinträchtigung oder dem Tod zu rechnen ist;
- c. ein erhöhter Bedarf an Betreuung durch die Eltern besteht; und
- d. mindestens ein Elternteil die Erwerbstätigkeit für die Betreuung des Kindes unterbrechen muss."

Der vollständige aktuelle Gesetzestext ist unter folgendem Link abrufbar:

https://www.fedlex.admin.ch/eli/cc/1952/1021_1046_1050/de

(SR 834.1 Bundesgesetz vom 25. September 1952 über den Erwerbsersatz)

Die Entwurfs-Fassung (E-EOG), welche ab dem 1. Juli 2021 in Kraft ist, kann nicht direkt verlinkt werden, ist jedoch in der Auflistung links als oberste Fassung (HTML/PDF) der Liste abrufbar.

Diskutiert wurde, ob pro Kind mehrere Ansprüche möglich sind. Dies ist der Fall.

Die Kommission stellt im Übrigen fest, dass in § 22 b Abs. 1 im ersten Satz ein „t“ bei „Entschädigung“ fehlt. Dies soll angepasst werden.

Des Weiteren diskutiert die Kommission die Möglichkeiten der Aufteilung der 14 Wochen. Sie hält fest, dass es in Absatz 3 um die Regelung des Anspruchs geht, nicht um den effektiven Bezug. Dieser kann im Einvernehmen abweichend erfolgen. Ein erwerbstätiger Elternteil, welcher alleinerziehend ist, hat den vollen Anspruch auf 14 Wochen, wenn der andere Elternteil keinen Anspruch geltend macht und der alleinerziehende Elternteil für die Betreuung seine Erwerbstätigkeit unterbrechen muss. Es wurde ein Antrag gestellt, diesen Absatz 3 gänzlich zu streichen, weil er wortwörtlich Bundesrecht entspricht. Dieser Antrag wird mit 12 zu 1 Stimmen abgelehnt, vor allem mit der Begründung, dass es in der kantonalen Regelung darum geht, auch die grundsätzlichen Rahmenbedingungen und Ansprüche auf Bundesebene abzubilden.

Beschluss der Kommission

Zwei Anträge redaktioneller Art wurden von der Kommission angenommen:

1. In § 22a Abs. 1 wird der letzte Satz wie folgt ergänzt: „Während des Urlaubs besteht ein Anspruch auf volle Besoldung gemäss dem Beschäftigungsgrad zum Zeitpunkt der Geburt des Kindes.“
2. In § 22b Abs. 1 wird ein „t“ im Wort „Entschädigung“ ergänzt.

Schlussabstimmung

Die Kommission stimmte der Kommissionsfassung der Vorlage einstimmig zu und beantragt dem Grossen Rat das Gesetz anzunehmen.

Frauenfeld, 14. Juni 2021

Die Kommissionspräsidentin

Kristiane Vietze

Beilagen:

Fassung der vorberatenden Kommission
Synopsis